

Editorial I

Die Krise denken

I.

Unter wildestem Auf und Ab an den Börsen der Welt, begleitet von Bankenzusammenbrüchen, hat die Finanzkrise den Nexus der bürgerlichen Gesellschaft, das Geldsystem, an den Rand des Abgrunds geführt. Für die Ideologie und Praxis des Marktfundamentalismus, der nach den dreißig goldenen Jahren des fordistischen Keynesianismus die vergangenen drei Jahrzehnte des Übergangs zum transnationalen High-Tech-Kapitalismus beherrscht hat, bedeutete das, in den Worten von Joseph Stiglitz, »was für den Kommunismus der Fall der Berliner Mauer war« (*Huffington Post*, 16.9.08). Der drohende Zusammenbruch bewirkte gleichsam über Nacht, was keiner noch so scharfsinnigen Kritik gelungen war: einen Paradigmenwechsel im Verhältnis von Staat und Finanzkapital, ja schließlich von Staat und Wirtschaft schlechthin. »Sieben Tage, die den Kapitalismus erschütterten«, überschrieb *El País*, die größte spanischsprachige Tageszeitung der Welt, ihre Wirtschaftsbeilage, in Anspielung auf John Reeds Zeitzeugenbericht über die Oktoberrevolution. Und auf der Titelseite der FAZ war zu lesen, der »amerikanische Kapitalismus« habe, »weitgehend unbedrängt von staatlicher Kontrolle, seine eigenen Selbstmordattentäter hervor[gebracht], deren Sprengsätze, die Derivate, selbst noch die Wirkung der fliegenden Bomben der Dschihadisten übertreffen. Nicht nur New York, die ganze Welt hat einen neuen ›Ground Zero‹: Wall Street.« (Berthold Kohler, »Kettenreaktion«, FAZ, 26.9.08, 1) Zu sagen, dies sei »unbedrängt von staatlicher Kontrolle« geschehen, geht diskret darüber hinweg, dass die Banken von der US-Regierung geradezu bedrängt worden waren, den Kreditrahmen auszuweiten. Die neoliberale Politik drückte die Lohnquote und förderte das Konsumniveau durch Konsumentenkredite, »loans replaced wages« (Rick Wolff, monthlyreview.org/mrzine/wolff230908.html).

Die systematische Massenverschuldung liegt der sektoralen Krise im US-Hypothekenmarkt zu Grunde, mit der sich der Zusammenbruch angekündigt hatte. Bereits 2006 wurden in den USA 1,2 Mio. Häuser zwangsversteigert, 45 Prozent mehr als 2005 (FAZ, 14.3.07, 21, »Krise im amerikanischen Hypothekengeschäft spitzt sich zu«). Bis dahin hatten billige Kredite die Hauspreise hochgetrieben und die steigenden Hauspreise der gewachsenen »Sicherheiten« wegen den Kreditrahmen der Schuldner ausgeweitet. Der Kredit hatte den Kredit genährt. Doch jetzt, als angesichts der Inflation die Leitzinsen hochgesetzt wurden und die Hypothekenzinsen stiegen, kamen viele Schuldner in Bedrängnis. Sofern sie nicht der Zwangsäumung

1 Zur Erinnerung: »Ground Zero« hieß in der Sprache der US-Armee das von ihr nuklear vernichtete Hiroshima. In einem Akt sprachlicher Opferenteignung übertrug man den Term nach 9/11 auf die Trümmerstätte der new yorker Zwillingsstürme.

zum Opfer fielen, kündigten sie scharenweise ihre Hypotheken, indem sie ihr Haus der Bank überließen und schließlich räumten. Folglich brach der Immobilienmarkt ein, und die Hauspreise fingen an zu sinken. Hatte bisher der Kredit den Kredit genährt, so nährte nun die Krise die Krise, zuerst nur auf dem »Sub-Prime«-Sektor der zweitklassigen Schuldner, um sich dann in Schüben aufs Kreditwesen des US-Finanzsektors schlechthin zur »Wall-Street-Krise« auszuweiten. Wenig später hatte diese sich vollends zur ersten Weltfinanzkrise ausgewachsen.

Die blinde Dialektik dieses Prozesses zeigt sich darin, dass es die Entschärfung des Risikos war, die das Risiko schließlich unkontrollierbar machte. Die Kreditgeber versicherten sich gegen Kreditausfälle durch Verteilung der unsicheren und ungesicherten Fremdschulden auf viele fremde Schultern. Sie bündelten ihre Darlehen zu handelbaren Wertpapieren, in denen alles Konkrete der Beziehung zwischen Schuldner und Gläubiger ausgelöscht und auf den einzigen Punkt reduziert war, dem Käufer des Kreditbündels eine bestimmte Verzinsung zu versprechen. Auf der Spur dieser Streuung des Risikos verlief die Kettenreaktion der Finanzkrise, die in den Flächenbrand des globalen Finanzwesens mündete. In seiner abgeleiteten und handelbar gemachten Form hatte der Kredit plötzlich keinen Preis mehr, und die Banken mussten die entsprechenden Activa in ihrer Bilanz auf null setzen.

Im August 2008 schätzte der Hedge-Fonds Bridgewater die Summe der gefährdeten Kredite auf 27 Billionen US\$ (*Süddeutsche Zeitung*, 9.8.08), das war fast das Fünfhundertfache der geschätzten Zahlungsausfälle von sog. Sub-Prime-Schuldnern. Die Kreditkette zog sich jäh zusammen. Die Investmentbanken hatten ihr Kapital mit einem Hebel von durchschnittlich 1 zu 24 eingesetzt, Bear-Stearns sogar im Verhältnis von 1 zu 35. In der Kontraktion wirkten die Kredithebel umgekehrt. »Für jeden Dollar, den sie mit Subprime-Papieren verlor, musste die typische Investmentbank [...] andere Vermögenswerte im Wert von 24 Dollar verkaufen« (Barry Eichengreen, »Die Parallelen zur Asien-Krise«, FAZ, 27.9.08, 11). Jeder Notverkauf erzwingt in solchen Fällen weitere Notverkäufe. Nun brach eine jener Geldkrisen aus, von denen Marx in einem Zusatz zur 3. Auflage von *Kapital* I sagt, dass »deren Bewegungszentrum das Geld-Kapital ist, und daher Bank, Börse, Finanz ihre unmittelbare Sphäre«, und die »auf Industrie und Handel nur rückschlagend« wirken (MEW 23, 152, Fn. 99). Landauf, landab erstarrte die Kreditvergabe. Dass die Finanzkrise im Weltzentrum des Kapitalismus, den USA, ihren Ausgang nahm, machte es unmöglich, sie wie ihre Vorgängerinnen auf die asiatischen und anderen Schwellenländer abzuschieben. Es war nur eine Frage der Zeit, bis das Einfrieren der Kreditflüsse von der Finanzsphäre auf Industrie und Handel zurückschlagen und die Weltwirtschaft in eine allgemeine Krise abrutschen lassen würde. Der partiellen Vernichtung fiktiven Kapitals folgte die des real fungierenden und der Arbeitsplätze auf dem Fuße.

II.

War bereits die Finanzkrise ein Ereignis, wie es »einmal in 100 Jahren« vorkommt (Alan Greenspan), so fiel dieses mit einer umfassenden Krise der US-Politik nach innen wie außen zusammen. »Herrschaft ohne Hegemonie«, diese Formel, auf die wir vor fünf Jahren die Weltordnungspolitik der USA gebracht haben (vgl. Arg. 249), pfeifen inzwischen die Spatzen von allen bürgerlichen Dächern. Irak und Afghanistan sind besetzt, aber außer Kontrolle. Die militärische Supermacht verbraucht sich in ungewinnbaren Kriegen, deren das eigene Land zunehmend müde wird. Der imperialistische Alleingang ist gescheitert, der Unilateralismus blamiert. Der Anspruch, den Krieg bei sinkenden Steuern zu finanzieren, geht auf Kosten der staatlichen Investitionen in die Infrastruktur des Landes, und der Versuch, dies durch Konsumentenkredite ohne Einbuße an privatem Konsum zu tun, unterhöhlt zusammen mit den Staats- und Handelsdefiziten langfristig die Weltwährungsrolle des Dollars.

Aus dem bürgerlichen Lager hat einer der FAZ-Herausgeber, Frank Schirmmacher (»Nehmen Sie die embryonale Stellung ein!«, FAZ, 4.10.08, 31) dem Moment der Doppelkrise den schärfsten Ausdruck verliehen. »Was Aktienbesitzern jetzt schwant, dass sie nach Jahren der Akkumulation nichts mehr besitzen, gilt ebenso für unser Handeln und Denken.« Vor acht Jahren hatte er noch die Internet-Spekulationsblase geistig verdoppelt und die Goldgräberstimmung der Informationsrentensucher² angeheizt (vgl. Arg. 238/2000, 620). Doch nun verzeichnete er wie ein Seismograph das Tiefenbeben, dessen Fernwirkungen anderswo noch nicht so deutlich registriert worden waren. »Während sich jetzt linksintellektuelle Milieus in den Katastrophen der bestehenden Ordnung bestätigt fühlen können und daraus Folgen für den Geschichtsverlauf ableiten, hat das deutsche Nachkriegsbürgertum, das sich in den großen Volksparteien sammelte, keine nennenswerte Utopie entwickelt, die über den amerikanischen Traum und das Urvertrauen in dessen demokratische Garantien hinausginge.«

Schirmmacher registriert den »Entzug dieses Fluchtpunkts« als momentanen politischen Nihilismus. »Bush multipliziert uns mit null.« Als Linker hat man die analoge Erfahrung gemacht, vom moralischen Ruin des Sozialismus politisch mit null multipliziert worden zu sein. Doch die Kapitalismuskritik und die Perspektive solidarischer Vergesellschaftung sind dadurch nicht ausgelöscht, während hier die Perspektive ausgelöscht erscheint. Es sind vor allem Reflexionen John Bergers aus *Le Monde diplomatique* vom Februar 2003 über den von der Regierung Bush praktizierten Machttypus, denen Schirmmacher sich nicht mehr verschließen kann: »Jenseits der Ideologie«, heißt es bei Berger, »basiert ihre Macht auf zwei Drohungen. Die erste ist die Intervention aus dem Himmel durch den am stärksten bewaffneten Staat der Erde. Man kann es die Drohung B52 nennen. Die zweite ist rücksichtslose

2 Als »Informationsrente« begreift Roberto Verzola »eine spezifische Form der Mehrwertaneignung, begründet mit sog. intellektuellen Eigentumsrechten. Mikroelektronik und Digitalisierung haben die Bedeutung der Informationsrente explosiv gesteigert.« (Ralf Krämer, »Informationsrente«, HKWM 6/II, 1100)

Verschuldung, Bereitschaft zum Bankrott, und, angesichts der Wirtschaftsbeziehungen in der Welt, dadurch ausgelöste Verarmung und Hunger. Man kann diese Drohung ›Drohung null‹ nennen.« Schirmmacher sieht »die Phase der Null [...] im Begriff, zu einem historischen Ereignis zu werden«. Was den bürgerlichen Liberalen bleibt und sich mit der staatssozialistischen Hypothek vergleichen lässt, ist »die beschämende Erfahrung der tiefen Untreue gegen uns selbst, das überwältigende Erlebnis der Ohnmacht«. In John Bergers Worten:

In den sich ständig wiederholenden Reden, Erklärungen, Pressekonferenzen und Drohungen sind die immer wiederkehrenden Begriffe Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Terrorismus. Jedes dieser Worte bedeutet in seinem Kontext exakt das Gegenteil, was es einst bedeutete. Jedes ist [...] ein Mafia-Wort geworden, das der Menschheit gestohlen worden ist.

III.

Durch Nacht zum Licht: Einen Monat nach dem von Schirmmacher ausgeloteten point of no return, in dem die von der Finanzkrise überdeterminierte Dyshegemonie der USA gipfelte, und zwei Tage nach der Wahl Barack Obamas zum neuen US-Präsidenten, brachte *El País* eine furiose Abrechnung mit der Ära des scheidenden Präsidenten. Autor war ihr Gründer, Juan Luis Cebrián, einer der führenden Gestalten des transnationalen Medienkonzerns PRISA, (»América vuelve a ser América«, 6.11.08, 35). Bushs »Schlussbilanz könnte nicht verheerender sein. Er hat die Weltwirtschaft ärmer gemacht; er hat zwei schreckliche bewaffnete Konflikte erzeugt, für die keine unmittelbare Lösung in Sicht ist und die unzählige Opfer gefordert haben; er hat die Folter gerechtfertigt; ein ums andere Mal hat er die internationale Legalität verletzt und das Ansehen Amerikas beschädigt. Die Welt ist schlechter nach Bush, das heißt, wegen Bush.« Die gegenwärtige Krise sei »keine der klassischen zyklischen Krisen des Kapitalismus, sondern eine neuerliche Warnung, die bisher nachdrücklichste, dass wir Zeugen eines Paradigmenwechsels sind, bei dem sich die planetarischen Probleme durch die nationalen oder lokalen Institutionen nicht lösen lassen«. So wichtig sich der Staat jetzt als »Feuerwehr der Situation« erweist, so kriegt doch keiner allein, so groß er auch sei, die Probleme in den Griff. Deren national nicht mehr kontrollierbare Überlagerung folgt daraus, dass die »durch die neuen Technologien mit Lichtgeschwindigkeit vorangetriebene Globalisierung sich unkontrolliert durchgesetzt hat und man, als man sie regieren wollte, dies in imperialem und etwas heuchlerischem Geiste zu tun versucht hat«, begleitet von der »schuldhaften Selbstzufriedenheit der führenden Klassen«. Die düsteren Züge des realen Amerika der letzten Jahre reduziert Cebrián nun aber ganz auf die Person Bush wie auf einen Sündenbock, und die Abrechnung mit diesem mündet in die illusionäre Erneuerung des Glaubens ans »wahre Amerika«, verkörpert in Obama, der dafür steht, dass bald »Amerika wieder Amerika sein wird«.

Dieses Vertrauen ist eines der zahllosen Zeugnisse für das »uneingeschränkte Ja«, das Paul Kennedy (»Obama abroad: The return of soft power?«, *Int. Herald Tribune*, 13.11.08) am Spiegel der Weltöffentlichkeit auf die Frage abliest, ob Obama die

unter Bush »verschwundene« Fähigkeit der USA, »andere Länder davon zu überzeugen, ihre Führungsrolle zu akzeptieren«, wiederherstellen könne. Dazu fügt sich Norman Birnbaums Beobachtung anlässlich von Obamas Berlinbesuch im Sommer 2008, wie sehr der US-Vorwahlkampf um die Kandidatur für die Demokratische Partei die politikmüden Deutschen hingerissen hatte. »Je mehr sie davon sahen, desto mehr erschienen ihnen die USA wieder als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten.« Zu Obamas Rede vor der Siegestsäule kamen »annähernd hundertmal mehr Menschen, als ein europäischer Politiker angezogen hätte« (»Obama's Berlin Visit«, *The Nation*, 26.7.08).

Doch das Bild vom wahren Amerika verkennt die Zerrissenheit der amerikanischen Gesellschaft und ihre materielle Einschreibung in die Weltverhältnisse. Sie war von Anfang an dieses zweideutige und immer auch rassistische, im Umgang mit den Ureinwohnern völkermörderische und mit anderen Völkern imperialistische Land. Sie wird auch unter Obama nicht über den Schatten des Hyperkonsumenten, des größten Umweltverbrauchers und der militärischen Supermacht springen. Was nicht heißt, dass sich nicht vieles anders machen lässt. Bei der bangen Frage, ob der neue Präsident als ein zweiter Roosevelt sein Land aus der hereinbrechenden Wirtschaftskrise herausführen können wird, warnt Paul Krugman vor Halbheiten. Klotzen, nicht kleckern, ist seine Devise, und er erinnert daran, dass das Projekt des historischen New Deal seinerzeit durch zu kleinliche Bemessung der Mittel fast gescheitert wäre. »Was die Ökonomie und den *New Deal* gerettet hat, war das gigantische Arbeitsprojekt der öffentlichen Hand, das als der Zweite Weltkrieg bekannt ist und das der Ökonomie endlich den geeigneten fiskalischen Anreiz bot.« (»Franklin Delano Obama?«, *New York Times*, 10.11.08)

Auf die Frage, ob damit zu rechnen ist, dass Obamas Wahl einen neuen Hegemoniezyklus einleiten wird, nennt Norman Birnbaum als historischen Stolperstein eines jeden US-Präsidenten »die Unmöglichkeit, Imperium mit Wohlstand, Nationalstolz mit politischem und militärischem Realismus zu vereinbaren«. Die US-Bürger glauben mehrheitlich, dass der Irakkrieg ein Irrtum war, doch sehen sie nicht die Notwendigkeit einer neuen Rolle der USA in der Welt. »Noch schlimmer, die imperiale Ideologie macht es so gut wie unmöglich, eine leidenschaftslose Analyse der Grenzen der nationalen Macht durchzuführen.« (»Obama y la historia abierta«, *El País*, 12.11.08, 31) In dem Maße, in dem die Retablierung der Hegemonie der USA deren führende Rolle beim Anpacken der durch die kapitalistische Globalisierung globalisierten Krise voraussetzt, müsste die Barriere fallen, an der bisher jede Bemühung um globale Regulation stockt und die in der Unfähigkeit der USA besteht, »auch nur auf das geringste Stück ihrer Entscheidungsmacht zugunsten globalerer Autoritäten zu verzichten« (Manuel Escudero, »G-20, muchas luces y alguna sombra«, *El País*, 18.11.08, 35). Wenn nach Gramscis Einsicht jeder Hegemon ein Opfer bringen muss, so nähme das Hegemonialopfer in diesem Fall die Form partieller Souveränitätsübertragung an. Die Hegemonie würde sich derart ein Stück weit der strukturellen Hegemonie annähern.

IV.

Nun wird vielstimmig von der Reparatur, ja »Neugründung« des Kapitalismus geredet. Doch anders als jeder denkbare Sozialismus, ist der Kapitalismus keine Gründung, sondern, in den Worten Friedrich von Hayeks, »Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs« (*Studies in Phil., Pol. & Economics*, 1967). Was sich jetzt mit Übermacht geltend macht, ist der Widerspruch globaler Kapitalverhältnisse ohne globale Regulierungs-, wenn schon nicht Regierungsinstanzen. Das mögliche neue Akkumulationsregime ist eine »historische Fundsache«, um es in der Sprache der Regulationsschule zu sagen. Bis kurz vor der akuten Phase der Finanzkrise hatte zum Beispiel die deutsche Bundeskanzlerin sich gegen die Regulierung des Finanzsektors gewandt, weil das »den Finanzplatz Deutschland gefährden« würde. Gleichsam über Nacht »findet« sie nun wie die anderen Regierungen der Welt, dass die globalisierten Ströme und Kreditverschachtelungen des Finanzkapitals kontrolliert werden müssen. Und die Akteure der Weltpolitik »finden« weiterhin, dass sie dazu eine globale Behörde brauchen. Bush und die Banker müssen jetzt als Sündenböcke herhalten, um den Kapitalismus zu exkulpieren. Sie haben es verbockt. Bush steht für Inkompetenz, die Banker für (allgemeinmenschliche) Gier. Bush ist abgewählt, und die Banker? Sie sollen Geld vom Staat nehmen und ihr Einkommen auf eine halbe Million Euro pro Jahr beschränken lassen. Bush ist weg, sie bleiben, und nichts wird so heiß gegessen wie gekocht. Selbst der Chef der Deutschen Bank drängt darauf, reguliert zu werden, und bekennt, »vom Saulus zum Paulus geworden« zu sein. Auf die neoliberale Globalisierung mit ihrer trinitarischen Formel Deregulierung, Privatisierung, Marktfreiheit folgt nun zunächst die Verstaatlichung (der Verluste), vor allem aber ein gewisses Regime globaler Regulierung. Die tektonischen Spannungen im Untergrund des Weltkapitalismus wird das nicht beseitigen, allenfalls deren momentane Symptome. Der bis gestern verdrängte Keynes ist plötzlich wieder aktuell, auch wenn »ganz überwiegend ohne Erwähnung [...] des Namens« (Karl Georg Zinn, »Der Misstrauensindex«, in: *Sozialismus* 11/08, 24). Das Tabu der Staatsverschuldung ist gebrochen, Konjunkturprogramme rücken weltweit auf die Tagesordnung.

Dazu beizutragen, den Prozess des Krisenmanagements kritisch zu durchleuchten und die Kapitalismuskrisis selbst theoretisch zu durchdringen, wird einen Schwerpunkt dieser Zeitschrift bilden. Viele theoretische Fragen harren der Klärung. Wenn wir es, wie von einigen angenommen wird, in den vergangenen Jahrzehnten mit einem System der »finanzmarktgetriebenen und finanzmarktdominierten Globalisierung« zu tun hatten (vgl. Peter Wahl, »Von wegen Entkopplung!«, in: *Sozialismus* 11/08, 20), was bedeutet dann die Finanzmarktkrise für das Akkumulationsmodell? Könnte es nicht vielmehr sein, dass der Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise sich deshalb »finanzgetrieben« zu vollziehen schien, weil er profitgetrieben vor sich ging und weil das Anlage suchende Kapital durch den Investitionsbedarf und damit durch die Kapitalisierungsmöglichkeiten dieses neuen Sektors unwiderstehlich angezogen wurde? Dort winkten traumhafte Renditen. Dort drohten aber

auch große Risiken. »Risikokapital« war die Lösung, Extraprofit und Kapitalvernichtung bildeten die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Der Überkonsum der USA löste für so unterschiedliche Exportökonomien wie die deutsche und die chinesische das Akkumulationsproblem. Wie soll die Weltkonjunktur wieder anspringen, wenn diese kreditfinanzierte Absorption fremden Mehrprodukts seitens der USA entfällt? Müssen die anderen Regionen den von der Zukunft zehrenden überkonsumtiven Sektor bei sich in gewissen Proportionen ausbilden, um den bisherigen Schuldner-Konsumenten letzter Instanz zu ersetzen? Aber wie sollte das gehen? Die militärische Supermacht der USA war ja der Magnet, der das Mehrprodukt aus aller Welt anzog, weil die primären Aneigner desselben dort ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen hoffen konnten. An solchen und vielen ähnlichen Fragen wird zu arbeiten sein. Doch auch das genügt nicht. Mag auch die Linke mit kritischer Theorie und einer allgemeinen Zielvorstellung gerüstet sein, so ist der Vorrat an konkreten Alternativen noch immer dürrig und sind die Erfahrungen mit staatlicher Direktivplanung und anderen sozialistischen Versuchen ungenügend aufgearbeitet. Noch immer ist »gegenwärtig außer dem demokratisch kontrollierten marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus kein Konzept sichtbar, das im Rahmen zumindest einer längeren Übergangsphase brauchbare ökonomische Steuerungsinstrumente beinhaltet« (Siegfried Wenzel, »Sozialismus des 21. Jahrhunderts?«, in: *Utopie kreativ* 191, 2006, 823). Es wäre hilfloser Antikapitalismus, die Widersprüche zu eliminieren und etwa mit Alain Badiou vom Kapitalismus zu sagen, er sei »nichts als Banditentum, irrational in seinem Wesen, verheerend in seinem Werden« (»Das Reale dieses Krisenspektakels«, TAZ, 13.11.08). Lafontaines Forderung, keine Staatsgelder an Banken und andere Betriebe zu vergeben, »ohne dass entweder der Staat oder die Belegschaft oder beide an dem Unternehmen beteiligt werden« (*Frankfurter Rundschau*, 20.11.08), verlangt danach, in einen konsistenten Satz progressiver Übergangsforderungen eingebettet zu werden. Zur Klärung sozialer und ökologischer Alternativen nach Möglichkeit beizutragen und die einschlägige internationale Grundlagenforschung unterstützend zu begleiten, soll Teil der Arbeit sein. Wir laden zur Mitarbeit sein.

WFH